



Beschlussvorlage Schulverwaltungs- und Kulturamt Tagesordnungspunkt: 7		Drucksachen-Nr.: 2006-11/1037/1 Status: öffentlich Datum: 03.12.2010		
Termin	Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthalt.
23.11.2010	Schulausschuss			
02.12.2010	Kreisausschuss			
16.12.2010	Kreistag			

Bezeichnung:

Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)

- a) Grundsatzbeschluss
- b) Antrag der Kreistagsabgeordneten Frömming und Keller vom 17.11.2009 auf Einrichtung einer IGS am Standort Bothel

Sachverhalt:

Auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage Nr. 2006-11/1037 zu TOP 5 der Sitzung des Schulausschusses am 23.11.2010 bzw. TOP 5 des Kreisausschusses am 02.12.2010 wird Bezug genommen. Ergänzend erhalten Sie anliegend die Rede des Nds. Kultusministers Dr. Althausmann vom 30.11.2010, in der er sowohl die Voraussetzungen für zukünftige Oberschulen als auch die Möglichkeiten, in ihr gemeinsamen Unterricht zu gestalten, weiter konkretisiert.

a) Grundsatzbeschluss

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Sitzung des Schulausschusses lautete:

1. Alle bestehenden Schulstandorte weiterführender Schulen im Landkreis sollen langfristig erhalten bleiben.
2. Der Landkreis unterstützt die Umwandlung bestehender Schulen in Oberschulen, wo die örtlichen Schulträger dies wollen.
3. Nicht unterstützt werden gymnasiale Parallelangebote (Gymnasium / Oberschule mit Gymnasialangebot / Gesamtschule) an einem Standort zulasten anderer Standorte.
4. Von den gemeindlichen Schulträgern wird erwartet, dass sie ausschließlich mit eigenen Schülerinnen und Schülern planen oder sich anderenfalls die Zustimmung der betroffenen Nachbarschulträger einholen.
5. Die Gymnasien bleiben unangetastet.
6. Die Außenstelle des Ratsgymnasiums in Visselhövede soll als gymnasialer Zweig an eine Oberschule in Trägerschaft der Stadt Visselhövede angegliedert werden, hilfsweise wird eine übergangsweise Genehmigungsverlängerung für die Außenstelle angestrebt.

Der Schulausschuss hat in seiner Sitzung am 23.11.2010 den Punkten 1, 5 und 6 einstimmig zugestimmt. Dem Punkt 2 wurde in folgender - modifizierter - Form (Erweiterung unterstrichen) mehrheitlich zugestimmt:

Der Landkreis unterstützt die Umwandlung bestehender Schulen in Oberschulen und die Errichtung von Gesamtschulen, wo die örtlichen Schulträger dies wollen.

Die Punkte 3 und 4 wurden in der Sitzung - bei knappen Abstimmungsergebnissen - abgelehnt. Der Schulausschuss hat einvernehmlich beschlossen, dass die Arbeitsgruppe Schulstruktur bis zur Sitzung des Kreisausschusses noch einmal über eine - nach Möglichkeit einvernehmliche - Beschlussempfehlung beraten soll.

Zwischenzeitlich haben die Bürgermeister/-innen von Rotenburg, Scheeßel und Visselhövede schriftlich darum gebeten, vor einer Beschlussfassung für eine mögliche IGS in Bothel angehört zu werden.

In ihrer Besprechung am 30.11.2010 hat die Arbeitsgruppe hierauf einvernehmlich folgende Beschlussfassung angeregt:

1. Alle bestehenden Schulstandorte weiterführender Schulen im Landkreis sollen langfristig erhalten bleiben.
2. Der Landkreis unterstützt die Umwandlung bestehender Schulen in Oberschulen und die Errichtung von Gesamtschulen, wo die örtlichen Schulträger dies wollen.
3. Sollte die Errichtung einer Schulform einer Elternbefragung bedürfen, sind die Samt- und Einheitsgemeinden, in deren Gebiet die Befragung stattfinden soll, im Kreisschulausschuss anzuhören. Anschließend entscheidet der Kreistag im Einzelfall über Standort(e) und Befragungsgebiet.
4. Die Gymnasien bleiben unangetastet.
5. Die Außenstelle des Ratsgymnasiums in Visselhövede soll als gymnasialer Zweig an eine Oberschule in Trägerschaft der Stadt Visselhövede angegliedert werden, hilfsweise wird eine übergangsweise Genehmigungsverlängerung für die Außenstelle angestrebt.

Die Punkte 1, 2, 4 und 5 entsprechen der Empfehlung des Schulausschusses. Anstelle der mittleren zwei Punkte des ursprünglichen Verwaltungsvorschlags wurde ein neuer Punkt 3 aufgenommen, der den umliegenden Schulträgern zumindest das Recht einräumt, ihren Standpunkt deutlich vorzutragen. Anschließend soll der Kreistag im Einzelfall sowohl über mögliche Standorte neuer Schulen als auch über das jeweilige Befragungsgebiet entscheiden.

Der Kreisausschuss ist dieser Beschlussempfehlung in seiner Sitzung am 02.12.2010 einstimmig (11 Ja-Stimmen) gefolgt.

Beschlussvorschlag:

1. Alle bestehenden Schulstandorte weiterführender Schulen im Landkreis sollen langfristig erhalten bleiben.
2. Der Landkreis unterstützt die Umwandlung bestehender Schulen in Oberschulen und die Errichtung von Gesamtschulen, wo die örtlichen Schulträger dies wollen.
3. Sollte die Errichtung einer Schulform einer Elternbefragung bedürfen, sind die Samt- und Einheitsgemeinden, in deren Gebiet die Befragung stattfinden soll, im Kreisschulausschuss anzuhören. Anschließend entscheidet der Kreistag im Einzelfall über Standort(e) und Befragungsgebiet.
4. Die Gymnasien bleiben unangetastet.
5. Die Außenstelle des Ratsgymnasiums in Visselhövede soll als gymnasialer Zweig an eine Oberschule in Trägerschaft der Stadt Visselhövede angegliedert werden, hilfsweise wird eine übergangsweise Genehmigungsverlängerung für die Außenstelle angestrebt.

b) Antrag der Kreistagsabgeordneten Frömming und Keller vom 17.11.2009 auf Einrichtung einer IGS am Standort Bothel

In der Sitzung des Schulausschusses wurde dem Antrag der Abgeordneten Frömming und Keller mit folgendem - abgewandelten - Wortlaut

Die Kreisverwaltung des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird aufgefordert, bei der Landesschulbehörde des Landes Niedersachsen die Errichtung einer IGS am Standort Bothel einzuleiten und dazu alle notwendigen Schritte zu unternehmen.

mehrheitlich zugestimmt.

Die Antragsteller müssten klarstellen, ob mit dem Antrag

- a) eine sofortige Antragstellung auf Grundlage der letzten Elternbefragung,
- b) eine Antragstellung nach Beschluss der angekündigten Gesetzesänderungen auf Grundlage der letzten Elternbefragung oder
- c) eine neue Elternbefragung angestrebt wird.

Nach Auffassung der Arbeitsgruppe würde nur Variante c) einen Sinn ergeben, da die letzte Elternbefragung bereits mit der Ankündigung einer neuen Schulform hinfällig geworden sei. Sofern eine neue Elternbefragung beschlossen werden sollte, soll nach Meinung der Arbeitsgruppe bereits Punkt 3 des von ihr angeregten Grundsatzbeschlusses gelten.

In der Sitzung des Kreisausschusses am 02.12.2010 bestand Konsens, dass vor einer Antragstellung für eine IGS in Bothel den betroffenen Gemeinden im Schulausschuss Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben ist und vorab (nochmals) mit der Landesschulbehörde geklärt werden soll, ob es hierzu einer erneuten Elternbefragung bedarf.

Zu letzterer Frage äußerte sich die Landesschulbehörde heute folgendermaßen:

Ich bestätige Ihnen auf diesem Wege nochmals, dass sich eine Antragstellung für eine IGS in Bothel nicht auf die Elternbefragung von 2009 stützen könnte.

Gründe hierfür sind:

1. Nach dem Befragungsergebnis aus 2009 würde die für eine Vierzügigkeit (falls diese überhaupt in Betracht kommen würde, entsprechende Regelungen stehen noch aus) erforderliche Mindestzahl von 104 Schülerinnen und Schülern langfristig und unter Hinzurechnung sämtlicher Zweit- und Drittwünsche knapp bzw. nicht erreicht werden. Selbst bei einer Verkürzung des Betrachtungszeitraums auf 10 Jahre muss man feststellen, dass nach den jetzt vorliegenden Zahlen des Geburtenjahrgangs 2009/10, die insbesondere für Bothel einen weiteren dramatischen Einbruch aufweisen (von 74 in 2008/09 auf nur noch 44 in 2009/10, also um rd. 40 %) im letzten Jahr der Mindestwert von 104 Schülern aller Voraussicht nach deutlich unterschritten werden würde.

2. Außerdem kann die für 2011 geplante Einführung der neuen Oberschule nicht außer Betracht gelassen werden. Der in der Befragung noch ermittelte Zuspruch von Schülerinnen und Schülern aus anderen Samtgemeinden und Städten, auf die eine IGS in Bothel dringend angewiesen wäre, könnte sich bei Einführung einer Oberschule an diesen Standorten erheblich verringern. Dies gilt insbesondere für Schüler aus der Stadt Visselhövede, die hier bereits jetzt ausdrücklich einen Antrag auf Genehmigung einer Oberschule zum 01.08.2011 angekündigt hat.

In Vertretung

Dr. Lühring